



Bernd Riexinger

Partei eines sozialen und ökologischen Systemwandels – Thesen zur Zukunft der Linken

Von Bernd Riexinger

Als eine Schlussfolgerung aus den Wahlniederlagen bei den Europawahlen und den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen organisiert die Partei DIE LINKE eine Strategiedebatte. Zwischenzeitlich hat die Landespartei in Thüringen einen grandiosen Wahlsieg eingefahren, der auch bundesweit Rückenwind verschafft hat. Flankiert von der Auseinandersetzung um den Mietendeckel in Berlin und den Teilerfolg beim Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gegen die Sanktionspolitik der Bundesregierung bei Hartz IV ist die Partei bei den bundesweiten Umfragen gestiegen. Es ist schon mehrere Jahre her, dass die Partei bei fünf Umfrageinstituten bei 10 Prozent gesehen wird. Eine Tendenz, die schon vor der Thüringen Wahl begonnen hat.

Ich bin froh, dass die nach Wahlniederlagen regelmäßig erhobenen Kassandrarufer aus der Partei heraus oder auch von außen nicht der Wirklichkeit entsprechen. So sind wir nicht gezwungen, die notwendige Strategiedebatte aus einem Krisenmodus heraus zu führen. Denn auch ohne die Wahlergebnisse vor Augen ist eine Strategiediskussion notwendig geworden, weil uns veränderte gesellschaftliche und politische Bedingungen vor neue Herausforderungen stellen, die zugleich Chancen für linke Politik eröffnen. Dazu gehört die Verfestigung und teilweise Verschärfung der sozialen Spaltung. Die globalen Spannungen und Kriegsgefahren sind akut und wir stehen vor einer Wirtschaftskrise, zumindest vor dem Ende eines lang anhaltenden Aufschwungs. Neue soziale und politische Bewegungen, etwa in der Klima- und Mietenfrage haben sich herausgebildet. Politisch ist die Gesellschaft schon lange nicht mehr so mobilisiert gewesen. Die soziale Spaltung, die Klimakrise und der Aufstieg der autoritären Rechten führen zu einer Polarisierung der Gesellschaft, die nicht entlang einer Frage verläuft.

Bislang profitieren davon die Grünen, weil sie zu einer Projektionsfläche unterschiedlicher Teile der Gesellschaft werden, die sich Veränderungen und eine bessere Zukunft wünscht, ohne einen Konflikt mit den wirtschaftlich Mächtigen zu suchen. Die Politik der Grünen schillert zwischen Sozialdemokratie light, Klientelpolitik für Besserverdienende und ökologischer Modernisierung des Kapitalismus. So lässt sich weder das Klima retten, noch eine bessere Zukunft für die

Mehrheit erringen. Die gesellschaftliche *Funktion der LINKEN* ist es demgegenüber, die Interessen der Lohnabhängigen ins Zentrum zu stellen, die jeden Tag ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um leben zu können, – ohne dem Missverständnis aufzusitzen, dass die Interessen der Lohnabhängigen sich nur um Lohn und Arbeit drehen. Die grundlegende Aufgabe der Linken, für gesellschaftliche Voraussetzungen zu kämpfen, die den Prinzipien der französischen Revolution Freiheit, Gleichheit, Solidarität für alle Menschen zur Realität verhelfen, muss heute erweitert werden um Ökologie und Demokratie.

Linker Green New Deal als gesellschaftliches Projekt der Linken

Es ist ein historisches Ereignis, dass vor wenigen Wochen weit über eine Million Menschen in Deutschland und viele Millionen weltweit beim Klimastreik auf der Straße waren. Die Klimastreikbewegung politisiert offensichtlich eine Generation von jungen Menschen, die zurecht für ihre eigene Zukunft mobilisieren. Diese Frage wird auch linke Politik noch Jahre und Jahrzehnte beschäftigen, zumal die Beschlüsse der GroKo weit hinter dem zurückbleiben was erforderlich wäre um auch nur die eigenen Klimaziele zu erreichen oder auch die Weichen in die falsche Richtung stellen.

Die Linke hat die Chance ein glaubwürdiges Konzept vorzulegen, dass sich nicht nur vom marktwirtschaftlich modernisierenden Konzept der Grünen unterscheidet, sondern das den Kampf um konsequenten Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden verbindet. Eine bessere Zukunft für die Mehrheit der Menschen ist nur möglich, wenn wir eine andere Wirtschaftspolitik und Einstiege in einen sozialen und klimagerechten Systemwandel durchsetzen. Nur so werden wir autoritäre Entwicklungen stoppen und die Rechten nachhaltig schwächen.

Dafür brauchen wir ein politisches Projekt, das die Elemente soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz zusammenführt und einen strategischen Anker bildet. In den USA hat Bernie Sanders einen Green New Deal vorgelegt, der eine Abkehr von fossiler Energie und massive Investitionen in alternative Energie und öffentliche Daseinsvorsorge beinhaltet. Ähnlich ambitioniert ist der Green New Deal von Labour in Großbritannien. In Deutschland versuchen die Grünen den Begriff für sich zu reklamieren, schlagen aber in keiner Weise einen alternativen Pfad für die Wirtschaft vor. M.E. wäre dagegen ein *Linker Green New Deal* notwendig. Ein Gesellschaftsvertrag, der verschiedene Schwerpunkte in ein gesellschaftliches Projekt einordnet: Kampf um höhere Löhne, gute und sinnvolle Arbeit und mehr Zeit zum Leben; soziale Absicherung und öffentliche Infrastruktur für alle; Energie- und Mobilitätswende; sozialökologischer Umbau der Wirtschaft. Damit können wir verschiedene gesellschaftliche Akteure – Klimaschutzbewegung, Lohnabhängige, Gewerkschaften – zusammenbringen und deutlich machen, dass wir die Zukunft nicht den Konzernen überlassen. Natürlich ist mir bewusst, dass es nicht einfach einen Deal gibt, der in Verhandlungen der unterschiedlichen Akteure abgeschlossen wird. Vielmehr ist er das Resultat gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und Kämpfe, in denen sich verschiedene Interessen gegenüberstehen. Aber jetzt ist es noch möglich, diesen Begriff von links zu besetzen. Unsere Kampagnen und Initiativen lassen sich gut in ein solches Projekt zusammenführen und sind Teil eines gesamtgesellschaftlichen und politischen Veränderungs-Projektes.

Die Elemente eines solchen Green New Deals sind:

- Ehrgeiziges Investitionsprogramm in öffentliche Infrastruktur, Gesundheit, Erziehung, Bildung, sozialen Wohnungsbau, ÖPNV, bessere Finanzausstattung der Städte und Kommunen. Es geht um die Verbesserung der sozialen Daseinsvorsorge, der öffentlichen Infrastruktur und der Aufbau von tariflich regulierten und gut bezahlten Arbeitsplätzen. Die Linke hat hier mit einem 120 Mrd. Investitionsprogramm einen gut ausgearbeiteten Vorschlag unterbreitet, der die schlimmsten Verwüstungen, die die neoliberale Politik der letzten 30 Jahre verursacht hat, beseitigen würde.
- Sozial ökologischer Umbau der Wirtschaft. Es geht darum Einsteige in eine sozialökologische Wirtschaftsweise zu entwickeln, die sowohl ökologisch nachhaltig, klimafreundlich ist, als auch die sozialen Interessen der Beschäftigten verwirklicht. Dazu gehört die Regulierung der Arbeit mit Tarifverträgen für alle, gute Arbeit und Arbeitszeiten, die zum Leben passen.
- Mutiger Klimaschutz. Im Zentrum stehen hier der schnelle Ausstieg aus der Kohle, der Ausbau der regenerativen Energieversorgung, eine ökologisch nachhaltige Mobilitätswende, der Umbau der Landwirtschaft und die energetische Gebäudesanierung. Dabei muss die Linke weltweit denken. Es geht auch um die Verantwortung des Nordens gegenüber dem globalen Süden. Wir benötigen eine neue Weltwirtschaftsordnung, die verantwortlich und nachhaltig mit dem Ressourcenverbrauch umgeht, Fluchtursachen zurückdrängt und Klimagerechtigkeit herstellt.
- Die Finanzierung des Projekts ist möglich und durchgerechnet. Allein durch die Einführung einer Transaktionssteuer und einer Vermögenssteuer von 5 Prozent ab einer Million Vermögen können 100 Mrd. mehr Steuereinnahmen erzielt werden. Das setzt natürlich eine gewaltige Umverteilung von Einkommen und Vermögen voraus, besser Rückumverteilung vergangener Umverteilungsprozesse zu Gunsten der Kapitalbesitzer, Reichen und Vermögenden.
- Diese Elemente müssen verbunden werden mit der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu gehört nicht nur die Erweiterung der Mitbestimmung in den Betrieben sondern der Einstieg in die Wirtschaftsdemokratie. Die Frage, was wer produziert, wieviel und wo investiert wird, wie öffentliche und personennahe Dienstleistungen organisiert werden, kann nicht außerhalb der demokratischen Entscheidungsstrukturen gestellt werden.

Die Mehrzahl der Beschäftigten wird nur zu gewinnen sein, wenn der GND mit der Herausbildung eines neuen Wohlstandsmodells und der Verbesserung ihrer Lebensqualität verbunden ist. Das wird die eigentliche Herausforderung sein. Weniger Autos, aber verbesserter ticketfreier ÖPNV, fußgänger- und fahrradfreundliche Städte und Kommunen können die Mobilität verbessern und die Bewegungsfreiheit ausdehnen. Langlebige und reparaturfreundliche Konsumgüter schonen Ressourcen. Der Aufbau des Öffentlichen und der gleichberechtigte Zugang zu Bildung, Erziehung, Gesundheit, bezahlbarem wohnen, ÖPNV, Kunst und Kultur verbessert die Lebensqualität aller, vor allem derer, die sich das alles nicht privat kaufen können. Das alles erfordert natürlich eine grundlegend veränderte Wirtschaftsweise.

Linke Wirtschaftspolitik: Einstiege in sozialökologisches Wirtschaften

Das Ende eines ungewöhnlich langen Wirtschaftsaufschwungs fällt zusammen mit grundlegenden Transformationsprozessen in der Industrie. Der Kampf um neue Verwertungs- und Absatzmärkte, um neue Leittechnologien (Elektromotorisierung, Digitalisierung) und öffentliche Investitionen und Fördermittel ist längst im Gange. Er wird auch die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit und die Bedeutung der Gewerkschaften maßgeblich beeinflussen. Schon jetzt kommt es zu Entlassungen, der Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen wird weiter steigen. Die Umbrüche durch die Digitalisierung werden auch große Teile der Logistik und des Dienstleistungsbereiches erfassen.

Die Transformation der Wirtschaft ist eine Schlüsselfrage für linke Politik und DIE LINKE. Gegen die Antworten der Rechten (autoritärer Kapitalismus und Leugnen des Klimawandels) und der Grünen für eine ökologische Modernisierung des Kapitalismus, ist es Aufgabe der LINKEN, einer anderen, sozial gerechten, ökologischen und demokratischen Wirtschaftsweise den Boden zu bereiten. Das ist nicht konfliktfrei zu haben. Einstiege in eine ökologische Produktionsweise mit langlebigen Produkten, die Abkehr vom Exportmodell durch höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten mit Lohnausgleich, Geschlechtergerechtigkeit und tarifliche wie soziale Absicherung durch nachhaltige Investitionen ins Öffentliche und Einschränkung der Konzernmacht werden nur in neuen gesellschaftlichen Kämpfen und Bündnissen gegen die geschlossene Phalanx der Konzerne und ihrer politischen Lobby durchzusetzen sein. Diese zu organisieren und zu verbreitern, ist unsere Aufgabe. Gerade in den Automobilzentren und industriellen Regionen werden wir verstärkt Diskussionsangebote an Betriebsräte und aktive Gewerkschafter*innen machen und Vorschläge eines sozialökologischen Umbaus unterbreiten. Es geht darum, Vertrauen in linke Zukunftsentwürfe zu schaffen und die bevorstehenden Kämpfe um gute Arbeit und Klimaschutz zu unterstützen.

Klimaschutz ist eine soziale und eine Überlebensfrage

Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind keine Gegensätze. Im Gegenteil, Klimaschutz ist eine soziale und eine Klassenfrage. 100 Konzerne sind für 70 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich. Der ökologische Fußabdruck steigt mit dem Einkommen. Klimagerechtigkeit heißt in Deutschland, für eine sozial gerechte, treibhausgasfreie Volkswirtschaft einzutreten, die allen Menschen nützt. Linke Klimapolitik ist zugleich Sozial- und Friedenspolitik. Es geht um eine andere Wirtschaftsweise. Wir kämpfen dafür, dass die Verantwortlichen und Profiteure die Kosten bezahlen und nicht die Mehrheit der Bevölkerung.

Zentraler Teil des Klimaschutzes ist die Mobilitätswende. Hier kann DIE LINKE führende Kraft in einer zentralen Zukunftsfrage werden. Immer mehr Menschen wollen Alternativen zur Abhängigkeit vom Autoverkehr. Die Mobilitätswende wird eine gesellschaftliche Schlüsselausgangspunkt der nächsten Jahre. Dabei stehen sich die Profitinteressen der Automobilindustrie und der Internetkonzerne auf der einen und die ökologischen Interessen der Einwohner*innen und Arbeitsplatzinteressen der Beschäftigten gegenüber. Gleichzeitig wird die Frage möglicherweise die nächste große Spaltungslinie, auch bei den Beschäftigten. Zu Recht gibt es Sorgen um vergleichsweise gut bezahlte Industriearbeitsplätze. Die

Zulieferindustrie wird bei jedem Szenario der Mobilitätswende erschüttert werden. Damit sie nicht das neue Hinterland der AfD wird, brauchen wir solidarische und ökologische Perspektiven für eine gute Zukunft. Denn die Antwort auf die Sorgen der Beschäftigten kann ähnlich wie bei der Kohleindustrie nicht einfach sein, die klimaschädliche Industrie zu verlängern. Wir kämpfen dafür, dass sich die Beschäftigten nicht zwischen ihrem Job und der Zukunft ihrer Kinder entscheiden müssen. Es geht um gerechte Übergänge, die ein besseres Leben für alle ermöglichen. Der Aufbau eines Transformationsfonds (wir schlagen 20 Mrd. Startkapital vor) über den die Finanzierung des Transformationsprozesses unterstützt wird, ist ein Lösungsvorschlag. Natürlich sollen Finanzmittel an den Erhalt der Arbeitsplätze und die Einhaltung von Tarifverträgen gebunden werden.

Wir haben einen Stufenplan für den Ausbau und Gebührenfreiheit des ÖPNV in die öffentliche Debatte gebracht, ebenso ein Konzept für eine bessere und billigere Bahn. Das bedeutet gleichzeitig Kapazitäten in umweltfreundlichen Industrien aufzubauen. Dafür wollen wir auch vor Ort Mehrheiten erringen, Brücken zwischen der Klimabewegung, der Bevölkerung und den Beschäftigten im ÖPNV bauen. Dazu bietet die kommende Tarifaueinandersetzung im Verkehrsbereich eine gute Gelegenheit. Noch in diesem Jahr werden wir ein Konzept zum Umbau der Automobilindustrie zu ökologisch nachhaltigen Mobilitätsbetrieben, mit Beschäftigungsgarantien, vorstellen.

Interessen der Lohnabhängigen mit verbindender Klassenpolitik in den Mittelpunkt linker Politik stellen

Die Interessen der Arbeitenden stehen im Zentrum linker Politik. Deshalb streiten wir für höhere Löhne, Tarifverträge für alle, gute Arbeitsbedingungen, für kürzere Arbeitszeiten, bessere Arbeitsrechte, mehr Mitbestimmung und Demokratie. Im Neoliberalismus wurden die Spaltungen zwischen den Klassen und Beschäftigten vertieft. Die Rechte versucht seit Jahren, diese Spaltungen identitätspolitisch aufzuladen, um für ihre Plattformen zu mobilisieren, die den Menschen materiell nichts außer Nachteile bringen. Ob in den USA, den europäischen Nachbarländern oder in Deutschland mit dem Aufstieg der AfD: antimuslimischer Rassismus spielt dabei eine zentrale Rolle.

Die bürgerliche Sozialwissenschaft verdoppelt die sozialen und kulturellen Spaltungen in ihrem Sprechen von unterschiedlichen „Milieus“ – und meint damit vor allem Einstellungsmuster. Die Aufgabe der Linken war schon immer und ist es jetzt erst recht, gemeinsame Interessen der Mehrheit zu formulieren, die unterschiedlichen Gruppen zu verbinden und über die Spaltungen von oben hinweg Brücken zu bauen. Das ist nicht einfach, und es geht nicht nur um die richtige Forderung oder das richtige Plakat. Hinter diesen Anspruch aber kann DIE LINKE nicht zurück, wenn sie sich nicht aufgeben will.

Es gibt keinen Dissens, dass wir für diejenigen Politik machen, die unter den Bedingungen des heutigen Kapitalismus am meisten leiden müssen. Es ist in der Geschichte nicht ungewöhnlich, dass auch rechte oder konservative Parteien Beschäftigte und Arme für sich gewinnen können. Wer daraus einfach schließt, der Fehler müsse darin liegen, dass DIE LINKE die Beschäftigten aufgegeben hat, macht sich nicht die Mühe einer gründlichen Analyse. Wir müssen den Spaltungs- und

Ausgrenzungsprozessen mit verbindender Klassenpolitik entgegenarbeiten und Konzepte und Forderungen in den Vordergrund stellen, die gemeinsame Interessen und Gruppen der Beschäftigten miteinander verbinden. Nur dann können wir stärker werden. Dazu geeignete Ansatzpunkte sind die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes auf 12/13 Euro, die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, die Zurückdrängung prekärer Arbeit durch neue Regulierungsformen, neue Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung in Verbindung mit Wahlarbeitszeiten und die Erweiterung von Mitbestimmung und Demokratie. Positionen, die eine Verbindung von Tarifpolitik und politischen Auseinandersetzungen erfordern. Diese Verbindung herzustellen und die Auseinandersetzungen im politischen Raum voranzutreiben wird eine wichtige Rolle der Linken sein.

Gute Konzepte und mediale Präsenz alleine reichen nicht. Wir müssen unsere Verankerung bei Beschäftigten und in den Gewerkschaften voranbringen – und dazu beitragen, dass Gewerkschaften schlagkräftiger werden. Auch das machen wir nicht nur, indem wir die Forderungen der Gewerkschaften verstärken. Wir befördern linke Vernetzungen in den Gewerkschaften und nehmen eine aktive Rolle ein, was die Strategien in Streiks und Auseinandersetzungen betrifft. Der Einfluss der LINKEN im Pflegekampf und bei der Entwicklung neuer Streikformen im Einzelhandel war zum Beispiel erheblich. Mit unserer Initiative „Arbeit, die zum Leben passt – höhere Löhne, weniger Stress“ wollen wir uns im Niedriglohnbereich, besonders in den Branchen Handel, Logistik, Paketzustellung, stärker verankern.

Den Kampf um öffentliche Güter offensiv führen, in der Stadt wie auf dem Land.

Klassenpolitik dreht sich nicht nur um Arbeit, sondern um die Reproduktion des Lebens, um den „sozialen Lohn“, um die gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse: Der Kampf um öffentliche Güter in zentralen Feldern des privaten und gesellschaftlichen Lebens ist entscheidend für die Lebensqualität und den sozialen Wohlstand der Mehrheit der Bevölkerung. Der Zugang zu guter Erziehung und Bildung, zu wohnortnaher Gesundheitsversorgung, gut ausgebautem ÖPNV, bezahlbarem Wohnraum, ist eine elementare gesellschaftliche Auseinandersetzung geworden. Die neoliberale Politik der letzten 30 Jahre hat große Mängel, Defizite und Verwüstungen in diesen Feldern offenbart. Für die Rückgewinnung bzw. Stärkung des öffentlichen Eigentums an Versorgungswirtschaft von Energie bis LAN-Netzen werden Kämpfe geführt und entstehen Bewegungen.

Dabei geht es gerade auf dem Feld der öffentlichen Güter um Eigentums- und Systemfragen, um die Überlegenheit gesellschaftlichen Eigentums und demokratischer Planung über Privatbesitz und Profitmaximierung. Deshalb machen wir die Frage des öffentlichen Eigentums und der Rekommunalisierung zu einem Schwerpunkt linker Kommunalpolitik und lokaler Aktionen.

Beim Wohnen verbinden sich der Kampf um berechnete Interessen an bezahlbarem Wohnraum mit Visionen für lebenswerte Städte (und Dörfer), Gerechtigkeitsfragen mit Kritik an Spekulation und Kapitalismus. DIE LINKE kann hier konkrete Alternativen stärken, im Bund, in den Ländern und kommunal und bei der Organisation in den Nachbarschaften, in den Kreisverbänden. Wir haben die große Chance, uns als Partei, die konsequent für die Interessen der Mieterinnen und Mieter

kämpft, zu etablieren. Die beiden zentralen Kampagnen der Partei sind also strategisch zu aufgestellt.

Der Kampf gegen Rechtsradikalismus, Faschismus und Rassismus ist eine Daueraufgabe linker Politik

Die dramatischen Wahlerfolge der AfD in Sachsen, Brandenburg und Thüringen machen deutlich, dass der Kampf gegen das Erstarken der Rechten weiterhin eine wichtige Kernaufgabe der LINKEN ist. Trotz aller berechtigten Angst und Sorgen, sollten wir uns in Erinnerung rufen, dass es weiter eine deutliche Mehrheit in der Gesellschaft gibt, die nicht rechts wählt. Die Herausforderung für linke Politik ist es, gesellschaftliche Brandmauern gegen die AfD aufzubauen (um sie zu isolieren, reichen die Kräfte der LINKEN nicht), und zugleich Menschen für eine linke Politik zu gewinnen. Das schließt ein, der AfD nicht die Rolle der sozialen Protestpartei zu überlassen, weder im Osten noch woanders. Es geht darum, gesellschaftliche Konflikte um soziale Fragen zu führen und klares politisches Profil zu zeigen.

So wenig alle AfD-Wähler Rechtsradikale sind, so wenig ist auch das Gegenteil richtig. Untersuchungen zeigen, dass etwa 20 Prozent der Bevölkerung ein rechtes Weltbild haben. 70 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler in Sachsen gaben an, die AfD aufgrund programmatischer Forderungen gewählt zu haben, nicht wegen eines Denkkzettels für andere. Rassistische Denkweisen (etwa die Ablehnung von Muslimen) sind darüber hinaus verbreitet. Die Konjunkturen von Rassismus und seine öffentliche Mobilisierungsfähigkeit kann nicht ohne die gesellschaftlichen Prozesse verstanden – oder bekämpft – werden, die ihnen Vorschub leisten.

Flucht und Migration sind dabei fester Bestandteil des globalisierten Kapitalismus und werden durch die Klimakrise eher noch verstärkt. Die Rechten werden das weiterhin nutzen, um Ängste zu schüren und ihre rassistischen Positionen zu verbreiten. Deshalb ist es umso wichtiger, dass DIE LINKE hier einen klaren Kurs fährt und ihre Positionen nicht relativiert.

Protest gegen die Folgen neoliberaler Politik und rassistische Positionen schließen sich als Motive, rechts zu wählen, keineswegs aus. An das eine können wir anknüpfen, an das andere niemals. Wir machen alternative Deutungen von Schuld und Verantwortung für die gesellschaftliche Verhältnisse stark (Wieviel kosten die Steuerflüchtlinge im Verhältnis? Wer hat den sozialen Wohnungsbau gestoppt?). Vorurteile und Ressentiments auch unter LINKE-Wählerinnen und Wählern, im Verhältnis zum Islam zum Beispiel, müssen uns zu denken geben. Wir müssen sie bearbeiten, ohne ihnen nachzugeben. Wir zeigen klare Kante und stärken die Kräfte, die gegen rechts stehen, schließen Bündnisse und organisieren sichtbaren Protest. Bündnisse gegen rechts sind wichtig, ohne dass wir uns dabei mit den Verantwortlichen neoliberaler Politik gemein machen. DIE LINKE muss klare Opposition gegen die Politik der CDU und der GroKo sein, die die soziale Spaltung vertieft haben. Sie tragen die Verantwortung für den Aufstieg der Rechten.

Eigentums- und Systemfrage stärker in den Blickpunkt nehmen

Die Auseinandersetzung mit den Rechten können wir nur gewinnen, wenn wir eine realistische und glaubwürdige (System-)Alternative in die gesellschaftliche Diskussion bringen. Das gelingt nicht durch Parolen und Verbalradikalismus. Dafür

müssen wir DIE LINKE stärken und an konkreten Einstiegspunkten im Alltag der Menschen ansetzen.

Bei einigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gerät mehr in den Blick, dass tragfähige Lösungen in Widerspruch zu bestehenden Eigentumsverhältnissen stehen. Das Bedürfnis nach bezahlbaren Wohnungen steht im Widerspruch zum Interesse der Immobilienkonzerne, mit Wohnungen Profite zu erzielen. Das Interesse der Automobilkonzerne, möglichst lange und möglichst viele Autos zu verkaufen, behindert ökologisch nachhaltige Mobilitätskonzepte. In der Klimaschutzbewegung ist zumindest einem Teil der Aktiven klar, dass Klimaschutz und die kapitalistische Wirtschaftsweise in –Widerspruch zueinander stehen.

Auch die weltweiten Umbrüche und Auseinandersetzungen, die zu wachsender Aufrüstung (auch in Deutschland und Europa) führen und die Gefahr von Kriegen erhöhen, verdeutlichen, dass der Kapitalismus die Perspektiven einer friedlichen, sozialen und ökologisch nachhaltigen Welt keinesfalls erfüllen kann. Linke Politik muss die weltweiten Umbrüche und Konfliktlinien in ihre Praxis einbeziehen und einen internationalistischen Horizont behalten. Der Kampf für Frieden und gegen Aufrüstung und Krieg gehört dazu.

Wie werden wir stärker und erhöhen unsere Durchsetzungskraft

Die Strategie in den Gründungsjahren, die SPD nach links zu treiben, um so mittelfristig wieder eine sozialstaatliche Politik durchzusetzen, ist an ihre Grenzen geraten. DIE LINKE muss die Stimme für soziale Gerechtigkeit sein, die die SPD nicht mehr ist – ohne sozialdemokratisch zu werden. Sie ist eine eigenständige Kraft und muss ihre Begründung und ihren strategischen Anker nicht in einer anderen Partei und auch nicht in der Vergangenheit finden. Daher darf die LINKE sich auch nicht als Ergänzung zu den Grünen aufstellen. Unsere Funktion ist, organisierende Partei für konkrete Veränderungen in den Nachbarschaften und Kommunen, in den Ländern wie bundesweit zu sein; Motor für einen grundlegenden Politikwechsel; realistische aber grundlegende Alternative und Adresse für alle, die Zweifel daran haben, dass der Kapitalismus eine bessere Zukunft für die Menschen hierzulande und global ermöglicht.

Ohne eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse wird es keine linken Mehrheiten geben. Die Linke muss also in erster Linie eine glaubhafte Alternative zur GroKo oder auch einer möglichen schwarz/grünen Option sein. Das notwendige Ringen um eine linke Alternative und den notwendigen Politikwechsel wollen wir mit einem konkreten politischen Projekt verbinden. Wird die Linke dabei treibende Kraft, wird sich das auch auf die Positionierung der SPD und Grünen auswirken. Derzeit sind insbesondere die Grünen nach allen Richtungen offen und nicht bereit sich auf ein linkes politisches Projekt einzulassen.

Mitgliederstarke und gesellschaftlich verankerte Partei aufbauen

Wir wollen unser Konzept einer außerparlamentarisch bündnis- und handlungsfähigen Partei, die auf selbstbewusste Mitglieder und aktive Basisorganisationen setzt, weiter entwickeln. Auch bei Wahlen sind wir dort stark, wo sich aktive Mitglieder engagieren. In Thüringen wurden z.B. mit Unterstützung der

Gesamtpartei tausende von Haustürbesuchen durchgeführt. Für die bessere Verankerung in der Gesellschaft haben wir strategisch wichtige Felder identifiziert. Beschäftigte vor allem in Gesundheit/Pflege, prekäre Sektoren, einkommensarme Nachbarschaften, Kommunen und im Jugendbereich. Damit sind wir vielerorts und als Gesamtpartei vorangekommen. Davon zeugen viele neue junge Mitglieder, überdurchschnittliche Wahlergebnisse in diesen Sektoren, lebendige Stadtteil- und Mieteninitiativen. Trotzdem ist hier noch Luft nach oben: Unser Ziel muss es sein, in den nächsten Jahren zu einer Partei mit 100 000 Mitgliedern zu werden. Es ist uns gelungen eine gesamtdeutsche Linke, eine, Partei des demokratischen Sozialismus, deutlich links der Sozialdemokratie mit einer Zustimmung bei Wahlen zwischen 9 und 10 Prozent zu etablieren. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Die Weiterentwicklung und Stärkung dieser Partei hat gesellschaftliche Bedeutung, die weit über den Parteirahmen hinausgeht und verdient solidarische Unterstützung vieler Akteure. Es würde mich freuen, wenn sich auch linke außerhalb der Partei an unserer Strategiedebatte beteiligen.

Bernd Riexinger ist Vorsitzender der Partei DIE LINKE

*Veröffentlicht im Dezember 2019 im Magazin Sozialismus:
https://www.sozialismus.de/heft_nr_12_dezember_2019/*